

ÜBERSICHT der Parteiprogramme

Eine Wahlhilfe

September 2023

1. EINLEITUNG

Christian Public Affairs hat die Wahlprogramme der sechs grössten nationalen politischen Parteien und der beiden E Parteien, die eine Nähe zu christlich-konfessionellen Kreisen haben (EVP und EDU), zusammengefasst. Das Ziel bestand ursprünglich darin, eine vergleichende Tabelle der Wahlprogramme der Parteien nach den Hauptthemen und Werten von Christian Public Affairs (CPA) zusammenzustellen, nämlich Menschen im Zentrum; Gemeinwohl; Solidarität; Bewahrung der Schöpfung; Subsidiarität (Staat). Dies erwies sich als schwierig und die Arbeit wurde immer umfangreicher, bis sie schließlich zu einer Synthese der Parteiprogramme wurde, die nach den fünf zentralen Werten von CPA gruppiert wurden. Dieses Dokument wurde also auf der Grundlage der von den Parteien übermittelten Programme erstellt. Wir haben uns vor allem auf die Forderungen und Massnahmen konzentriert. Einige Vorschläge hätten in mehreren Rubriken untergebracht werden können. Wir haben sie in der relevantesten Rubrik platziert, ohne sie zu wiederholen. Wir entschuldigen uns im Voraus, falls wir einige Punkte unvollständig oder falsch wiedergegeben haben sollten, und nehmen Ihre Anmerkungen und Vorschläge gerne entgegen. Im Zweifelsfall empfehlen wir Ihnen, die Originalprogramme auf den offiziellen Websites der betreffenden Parteien zu konsultieren. Beachten Sie, dass einige Parteien sehr umfassende Programme haben, während andere sich dafür entscheiden, ihre wichtigsten Prioritäten zu kommunizieren. Wenn ein Abschnitt leer oder spärlich dokumentiert ist, bedeutet dies nicht, dass die Partei keine Position zu diesem Thema hat, sondern dass diese Punkte einfach nicht in den politischen Prioritäten dieser Kampagne entwickelt wurden. Wir hoffen, dass diese Übersicht eine nützliche Hilfe für Leserinnen und Leser ist, die sich eine Meinung zu diesen politischen Programmen bilden möchten, zusätzlich zu den zahlreichen Tools, die es gibt, um das politische Profil der Kandidaten in Ihren Kantonen zu kennen. Vor allem aber möchten wir alle dazu ermutigen, sich die Zeit zu nehmen, sich mit den gesellschaftspolitischen Herausforderungen unserer Zeit zu beschäftigen und an den eidgenössischen Wahlen vom 22. Oktober 2023 teilzunehmen.

Michael Mutzner

Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei [Christian Public Affairs](#)

September 2023

INHALTSVERZEICHNIS

1. EINLEITUNG.....	2
2. SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI (SVP).....	7
2.1 MENSCHEN IM ZENTRUM.....	7
MENSCHENRECHTE.....	7
RELIGIONSFREIHEIT.....	7
2.2 GEMEINWOHL.....	7
FAMILIE.....	7
GESUNDHEIT.....	7
ALTERSVORSORGE.....	7
SPORT.....	7
WIRTSCHAFT.....	8
SICHERHEITS u. VERTEIDIGUNGSPOLITIK.....	8
2.3 SOLIDARITÄT.....	8
SOZIAL.....	8
STEUERPOLITIK.....	8
ASYL.....	8
MIGRATION.....	8
INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT.....	8
INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN.....	8
2.4 BEWAHRUNG DER SCHÖPFUNG.....	9
ENERGIEVERSORGUNG.....	9
UMWELTSCHUTZ.....	9
MOBILITÄT.....	9
2.5 SUBSIDIARIÄT (Staat).....	9
STAAT.....	9
STAAT u. RELIGION.....	9
STAAT u. Einbürgerung.....	9
MEDIEN.....	9
3. SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI (SP).....	10
3.1 MENSCHEN IM ZENTRUM.....	10
MENSCHENRECHTE.....	10
3.2 GEMEINWOHL.....	10
FAMILIE.....	10
ERZIEHUNG.....	10
GESUNDHEIT.....	11
ALTERSVORSORGE.....	11
FINANZPLATZ.....	11
3.3 SOLIDARITÄT.....	11
SOZIAL.....	11
STEUERPOLITIK.....	11
ASYL.....	11
MIGRATION.....	11
INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT.....	11
INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN.....	11
3.4 BEWAHRUNG DER SCHÖPFUNG.....	12
ENERGIEVERSORGUNG.....	12
UMWELTSCHUTZ.....	12
NACHHALTIGKEIT.....	12
MOBILITÄT.....	12

3.5 SUBSIDIARIÄT (Staat).....	12
STAAT.....	12
STAAT (u. Einbürgerung).....	12
MEDIEN.....	12
4. FDP.Die Liberalen (FDP).....	13
4.1 GEMEINWOHL.....	13
FAMILIE.....	13
BILDUNG u. ERZIEHUNG.....	13
GESUNDHEIT.....	13
ALTERSVORSORGE.....	13
WIRTSCHAFT.....	13
VERTEIDUNGSPOLITIK.....	14
SICHERHEITSPOLITIK.....	14
4.2 SOLIDARITÄT.....	14
SOZIAL.....	14
STEUERPOLITIK.....	14
MIGRATION.....	14
ASYL.....	14
INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN.....	14
INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT.....	15
4.3 BEWAHRUNG DER SCHÖPFUNG.....	15
ENERGIEVERSORGUNG.....	15
NACHHALTIGKEIT.....	15
UMWELT (LANDWIRTSCHAFT).....	15
MOBILITÄT.....	15
4.4 SUBSIDIARIÄT (Staat).....	15
STAATLICHE KOMPETENZEN.....	15
5. DIE MITTE.....	16
5.1 MENSCHEN IM ZENTRUM.....	16
MENSCHENRECHTE.....	16
RELIGIONSFREIHEIT.....	16
5.2 GEMEINWOHL.....	16
FAMILIE.....	16
ERZIEHUNG u. BILDUNG.....	16
GESUNDHEIT.....	16
ALTERSVORSORGE.....	16
WIRTSCHAFT.....	16
FINANZPLATZ.....	16
SICHERHEITSPOLITIK.....	17
5.3 SOLIDARITÄT.....	17
SOZIAL.....	17
ASYL.....	17
INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN.....	17
5.4 BEWAHRUNG DER SCHÖPFUNG.....	17
ENERGIEVERSORGUNG.....	17
UMWELTSCHUTZ.....	18
NACHHALTIGKEIT.....	18
MOBILITÄT.....	18
5.5 SUBSIDIARIÄT (Staat).....	18
BUNDESVERWALTUNG.....	18
MEDIEN.....	18
6. GRÜNE SCHWEIZ.....	19

6.1 MENSCHEN IM ZENTRUM.....	19
MENSCHENRECHTE.....	19
LEBENSCHUTZ.....	19
6.2 GEMEINWOHL.....	19
FAMILIE.....	19
BILDUNG u. ERZIEHUNG.....	19
GESUNDHEIT.....	20
ALTERSVORSORGE.....	20
FINANZPLATZ.....	20
SICHERHEIT.....	20
WIRTSCHAFT.....	20
6.3 SOLIDARITÄT.....	20
SOZIAL.....	20
STEUERPOPLITIK.....	21
MIGRATION.....	21
ASYL.....	21
INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN.....	21
INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT.....	21
6.4 BEWAHRUNG DER SCHÖPFUNG.....	21
ENERGIEVERSORGUNG.....	21
UMWELT u. BIODIVERSITÄT.....	22
NACHHALTIGKEIT.....	22
MOBILITÄT.....	22
6.5 SUBSIDIARIÄT (Staat).....	22
STAAT.....	22
STAAT (Einbürgerung).....	22
BUNDESVERWALTUNG.....	22
7. GRÜNLIBERALE PARTEI SCHWEIZ (GLP).....	23
7.1 MENSCHEN IM ZENTRUM.....	23
7.2 GEMEINWOHL.....	23
FAMILIE.....	23
ERZIEHUNG u. BILDUNG.....	23
GESUNDHEIT.....	23
ALTERVORSORGE.....	23
WIRTSCHAFT.....	23
FINANZPLATZ.....	24
7.3 SOLIDARITÄT.....	24
STEUERPOLITIK.....	24
ASYL.....	24
MIGRATION.....	24
INTERNATIONAL.....	24
INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT.....	24
7.4 BEWAHRUNG DER SCHÖPFUNG.....	25
ENERGIEVERSORGUNG.....	25
UMWELT u. BIODIVERSITÄT.....	25
NACHHALTIGKEIT.....	25
MOBILITÄT.....	25
7.5 SUBSIDIARIÄT (Staat).....	25
STAAT.....	25
STAAT u. Einbürgerungsverfahren.....	25
8. EVANGELISCHE VOLKSPARTEI (EVP).....	26
8.1 MENSCHEN IM ZENTRUM.....	26

MENSCHENRECHTE.....	26
MENSCHENHANDEL.....	26
8.2 GEMEINWOHL.....	26
FAMILIE.....	26
BILDUNG.....	26
GESUNDHEIT.....	26
ALTERSVORSORGE.....	26
WIRTSCHAFT.....	27
FINANZPLATZ.....	27
SICHERHEITSPOLITIK.....	27
8.3 SOLIDARITÄT.....	27
SOZIALES.....	27
ASYL.....	28
8.4 BEWAHRUNG DER SCHÖPFUNG.....	28
ENERGIEVERSORGUNG.....	28
UMWELT / BIODIVERSITÄT.....	28
MOBILITÄT.....	28
NACHHALTIGKEIT.....	28
8.5 SUBSIDIARIÄT (Staat).....	28
STAAT.....	28
STAAT u. RELIGION.....	28
9. EIDGENÖSSISCH-DEMOKRATISCHE UNION (EDU).....	29
9.1 MENSCHEN IM ZENTRUM.....	29
MENSCHENRECHTE.....	29
RELIGIONSFREIHEIT.....	29
SCHUTZ DES LEBENS.....	29
MENSCHENHANDEL.....	29
9.2 GEMEINWOHL.....	29
FAMILIE.....	29
ERZIEHUNG u. BILDUNG.....	30
GESUNDHEIT.....	30
ALTERVORSORGE.....	30
9.3 SOLIDARITÄT.....	30
SOZIAL.....	30
ASYL.....	30
INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT.....	30
INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN.....	30
9.4 BEWAHRUNG DER SCHÖPFUNG.....	31
ENERGIEVERSORGUNG.....	31
NACHHALTIGKEIT.....	31
9.5 SUBSIDIARIÄT (Staat).....	31
STAAT.....	31
STAAT u. KIRCHE.....	31
MEDIEN.....	31

2. SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI (SVP)

2.1 MENSCHEN IM ZENTRUM

MENSCHENRECHTE

- **Meinungsfreiheit:** Aufhebung der Rassismus-Strafnorm; keine Vorschriften (insbesonder Verwaltung, Schule, etc.) für Einführung des Gendersterns
- **Frau / Mann:** lehnt staatliche Quotenregelungen ab
- Gegen Einschränkung der Nutzung des **Bargeldes** als Zahlungsmittel (Privatschutz)

RELIGIONSFREIHEIT

- **Glaubens- und Religionsfreiheit**, solange diese nicht im Widerspruch stehen zu unseren Werten, Staatsverständnis und Rechtsordnung
- konsequente Umsetzung des **Verhüllungsverbots** und ein Kopftuchverbot an Schulen und Kindergärten
- **keine öffentliche Finanzierung von Imamen** in Asylzentren, Gefängnissen u. Armee
- fordert ein konsequentes **Verbot von Gruppen, welche die Schweizer Bundesverfassung nicht achten**;
- **keine Anerkennung von nicht-westlicher Religionsgemeinschaften als öffentlich-rechtliche Körperschaften** und **keine staatliche Ausbildung Geistlicher dieser Religionsgemeinschaften.**

2.2 GEMEINWOHL

FAMILIE

- **Abschaffung der Heiratsstrafe** (aber Ablehnung der Individualbesteuerung).
- **Kein Ausbau des Vaterschafts- oder Elternurlaubes**
- **Gender / Transideologie:** staatlich finanzierten Einrichtungen die Gender und Woke Ideologien verbreiten sollen die Steuergelder gestrichen werden; Abschaffung von Gleichstellungsbüros und ähnliche Stellen bei Bund, Kantonen, Gemeinden und Universitäten; kein öffentliches Geld für Gendertoiletten, Umbenennungen von Strassen, etc.

GESUNDHEIT

- **Vertragsfreiheit** zwischen Krankenversicherungen und Leistungserbringern
- **Wahlfreiheit** Garantieren
- **Vermeidung von überflüssigen Leistungen**, um das Prämienwachstum zu bremsen
- In der Langzeitpflege verstärkt Nachbarschaftshilfe, Verwandtenunterstützung, Freiwilligenarbeit und innovative Pflegeformen mit steuerlichen Anreizen fördern; Krankenkassenprämien der Grundversicherung soll vollumfänglich von den Steuern abgezogen werden können.

ALTERSVORSORGE

- fordert die **Befreiung der AHV-Renten von den Bundes- und Kantonssteuern**

SPORT

- Unterstützt den Breitensport, Spitzensport, Schulsport
- Begrüsst Freiwilligenarbeit u. Kultur der Eigeninitiative von Bürger(inn)en; Kürzung der Kulturförderung auf Bundesbene und Subventionen von Kultureinrichtungen.

WIRTSCHAFT

- Für einen **liberalen Arbeitsmarkt**, gegen wachsende Regulierung und bürokratischen Aufwand für Unternehmer
- **Abhängigkeiten vom Ausland reduzieren**: bei der Strom- und Energieversorgung, bei den Nahrungsmitteln, Medikamenten und sonstigen lebensnotwendigen Gütern
- Verstärkung der **Ernährungssicherheit** mit der Erhöhung des Selbstversorgungsgrades auf mindestens 60 Prozent ein
- **freies und neutrales Internet**; Wettbewerb im Telekommunikationsmarkt, aber Versorgung von Randregionen mit modernsten Kommunikationsmitteln sichern (Ausbau des Glasfaser- und **5G**-Mobilfunknetzes)
- kostendeckende Produktpreise und transparente Preisbildung in der **Landwirtschaft**

SICHERHEITS u. VERTEIDIGUNGSPOLITIK

- nötige Mittel für **Armee** und die Landesverteidigung bereitzustellen (mindestens 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP)); **Abschaffung des Zivildienstes**
- **Nulltoleranz-Praxis, insbesondere bei Gewaltdelikten**, mit spürbaren Strafen und einem konsequenten Strafvollzug

2.3 SOLIDARITÄT

SOZIAL

- **Gegen Ausbau des Sozialstaates**; lehnt die Verstaatlichung der zweiten Säule ab

STEUERPOLITIK

- **Senkung von Steuern, Abgaben und Gebühren** (Ausnahme: Einführung einer «Zuwanderungssteuer»)

ASYL

- **Zuwanderung über die Asylschiene unterbinden**; Verbot bzw. eine Beschränkung des Familiennachzug
- **Ausschaffung von illegalen Aufenthaltern und kriminellen Ausländern**;
- «**Dublin**»-Abkommen (sichere Drittstaaten) durchsetzen.

MIGRATION

- «**Ungebremste**» Zuwanderung stoppen («**keine 10 Millionen-Schweiz**» Initiative)
- **Qualifizierte Fachkräfte** statt Tieflohn-Arbeiter bevorzugen
- Gegen den UNO «**Migrationspakt**»
- Kritisch gegenüber **Personenfreizügigkeit**;
- **Beschränkung der Sozialleistungen** für alle Zuwanderer
- **Entzug der Aufenthaltsbewilligung**, wenn die Sozialhilfeabhängigkeit länger als zwei Jahre dauert.

INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

- Starke **Reduktion und Befristung der staatlichen Entwicklungshilfenausgaben**
- Asylausgaben vollumfänglich dem Entwicklungshilfebudget angerechnet werden.

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

- **Bündnisfreie Schweiz**
- Unterstützt die Neutralitätsinitiative, die die immerwährende und **bewaffnete Neutralität** der Schweiz in der Verfassung festschreiben will

- die Schweiz als Kleinstaat soll die bewährte Leistung **Guter Dienste durch Diplomatie**, IKRK und das Korps für humanitäre Hilfe leben, statt auf die Bühne der Grossmächte zu drängen (ZB UNO Sicherheitsrat).

2.4 BEWAHRUNG DER SCHÖPFUNG

ENERGIEVERSORGUNG

- Einheimische Stromversorgung, die aus **Wasserkraft, Kernenergie** und **neuen erneuerbaren Energien** besteht. Unterstützt neue Technologien wie synthetische Treibstoffe und neue Speichertechnologien
- Spricht sich **gegen Technologieverbote** wie beispielsweise ein Ölheizungsverbot oder ein Fahrverbot für Benzin- oder Dieselaautos aus
- Wehrt sich **gegen staatliche Lenkungs- und Förderabgaben** sowie weitere Regulierungen, Vorschriften und Verbote im Energiebereich;
- **Gegen Subventionen** sowie hinsichtlich der Preisgestaltung der Produktion und Netzübertragung die Begünstigung von Monopole;
- Befürwortet **steuerliche Anreize** im Umwelt- und Klimabereich, zum Beispiel einen 100-prozentigen **Steuerabzug beim Heizungs- und Boilerersatz**.

UMWELTSCHUTZ

- **Gegen die Zerstörung von Kulturland**, ZB bei der Revitalisierung von Gewässern
- Gegen immer neue Vorschriften im Tier-, Gewässer- und Umweltschutz, die zu höheren Kosten und administrativen Erschwernissen führen
- **Ausbreitung der Grossraubtiere (Wolf) stoppen**.

MOBILITÄT

- Ausbau der überlasteten Autobahnabschnitte und eine zügige Umsetzung der hängigen **Autobahnprojekte; Kein Verbot von Benzin- oder Dieselmotoren**
- **Nein zu Tunnelgebühren, Road-Pricing, Mobility-Pricing, CO2-Abgaben auf Treibstoff, E-Vignette, Erhöhung des Preises der Autobahnvignette und Erhöhungen der LSVA**.

2.5 SUBSIDIARIÄT (Staat)

STAAT

- **Reduktion der Ausgaben**. Schuldenbremsengesetz muss strikt respektiert werden. Streichung; **Anpassung der Beamtenprivilegien**.

STAAT u. RELIGION

- Steht zum **christlich-abendländischen Fundament** des CH Staatswesens, Rechtsordnung und Kultur
- **Schweizer Wappen und Kreuz** sollen erhalten bleiben. Das Land, die Kultur sind christlich geprägt.

STAAT u. Einbürgerung

- **Einbürgerung** an die Kenntnis einer Landessprache (Niveau C1) binden
- Einbürgerung auf Probe, damit Personen, die kurz nach dem Erhalt des Schweizer Passes kriminell werden, das Bürgerrecht wieder entzogen werden kann.

MEDIEN

- **SRG-Initiative**: " 200 Franken sind genug"; Unabhängige, freie Medien (Wettbewerb).

3. SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI (SP)

3.1 MENSCHEN IM ZENTRUM

MENSCHENRECHTE

- **Gleichstellung** für Frauen und queere Menschen.
- Mehr Prävention gegen **Alltagssexismus und Gewalt gegen Frauen und queere Menschen**; Besseren Schutz für **Regenbogenfamilie** und weitere Massnahmen **gegen Homophobie und Transfeindlichkeit**.
- Strafrecht soll die Realität von sexualisierter Gewalt anerkennen: **“Nur Ja heisst Ja”**.
- Umfassende Umsetzung der Istanbul-Konvention insbesondere durch eine **nationale Strategie gegen Gewalt gegen Frauen**, der Einrichtung einer **Beobachtungsstelle** für Gewalt gegen Frauen sowie Sicherstellung der ausreichenden Ausbildung von Polizistinnen und Polizisten sowie der Angehörigen der Strafverfolgungsbehörden im Bereich Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt
- Den **Zugang zur Justiz für alle Rechtssuchenden**: Der Weg an die Schweizer Gerichte muss allen Menschen unabhängig ihrer finanziellen Möglichkeiten offenstehen
- Sicherstellung der **politischen Teilhabe für alle** – insbesondere für **Menschen mit Behinderungen**
- **Handel mit Rohstoffen** über die Schweiz braucht klare Regeln – und zwar zugunsten der Menschen und der Umwelt, nicht zugunsten des Profits

3.2 GEMEINWOHL

- Einsatz überall dort ansetzen, wo die **Kaufkraft** unter Druck ist: wie etwa bei den Mieten, den Krankenkassenprämien, den Miet-Nebenkosten und bei den Kosten für den öffentlichen Verkehr.

FAMILIE

- Wir fordern **Löhne**, von denen Familien und Alleinstehende leben können und die nicht von der Teuerung aufgefressen werden.
- Nationales Rahmengesetz damit **finanziell schwächere Familien** besser unterstützt werden
- **Familienzulagen**, die auch Alleinerziehende vor Armut schützen.
- **Kita-initiative**: es sollen genügend bezahlbare Kita-Plätze zur Verfügung stehen. Die Kita-Kosten dürfen nicht höher sein als 10 Prozent des Einkommens der Eltern
- Einführung einer **Elternzeit** von insgesamt 38 Wochen

ERZIEHUNG

- Jedes Kind hat Anrecht auf eine gute Ausbildung. Die **öffentliche Schule** muss darum die beste sein. Es braucht familienergänzende Kinderbetreuung, vorschulische und schulbegleitende Angebote, Ganztageschulen und ein integratives Schulsystem
- Für einen erfolgreichen Berufseinstieg brauchen wir genügend **Lehrstellen**, für einen gerechten Zugang zum Studium faire Stipendien.
- Die Kompetenzen im Umgang insbesondere mit den **sozialen Medien** und das kritische Bewusstsein für Datenschutz müssen auf allen Bildungsstufen umfassend vermittelt werden
- Die Schweiz muss ihre **Fachkräfte selber ausbilden**, statt sie im Ausland abzuwerben.

GESUNDHEIT

- Kein Haushalt soll mehr als zehn Prozent seines verfügbaren Einkommens für die **Krankenkassenprämien** ausgeben (siehe Prämientlassungsinitiative).
- **Gendermedizinische Forschung** spezifisch fördern

ALTERSVORSORGE

- für eine starke **AHV** und gegen den Rentenabbau; auch Familienarbeit und Teilzeitarbeit soll miteinbezogen werden.

FINANZPLATZ

- keine Investitionen, die Klima und Biodiversität zerstören oder Menschenrechte gefährden.
- Oligarchen-Milliarden gehören eingefroren.
- **Digitalisierung**: ein leistungsfähiges Internet und eine gute digitale Infrastruktur für alle

3.3 SOLIDARITÄT

SOZIAL

- stabiles Sozialsystem und für eine funktionierende und solidarische Gesellschaft. Arbeit muss sich lohnen und Schicksalsschläge dürfen kein Armutsrisiko sein.
- **Mindestlöhne**; gegen prekäre Arbeitsverhältnisse; gute **Gesamtarbeitsverträge**; besseren **Kündigungsschutz** für ältere Angestellte.

STEUERPOLITIK

- **Steuerpolitik**: Gegen mehr Entlastung der Unternehmen, Grossaktionäre und Vermögende; Unterstützt die Bemühungen für eine **globale Mindeststeuer**
- Bekämpfung von neuen Steuerprivilegien wie der **Tonnage-Tax für Schifffahrts- und Rohstoffunternehmen**.
- Schaffung einer international koordinierten **Finanztransaktionssteuer**
- Einführung einer **progressiven Kapitalgewinnsteuer** als Korrektur der Besteuerungslücke von Kursgewinnen, Wertpapieren und Sachwerten. Kapitaleinkommen sollen stärker besteuert werden als Arbeitseinkommen.

ASYL

- Europäisch koordiniert mehr Kriegs- und Krisenflüchtete aufnehmen

MIGRATION

- aufenthaltsrechtliche Konsequenzen aufgrund von Sozialhilfebezug sollen nach zehn Jahren ordnungsgemäsem Aufenthalt in der Schweiz nicht mehr möglich sein.

INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

- **grosszügige EZA**, Kampf gegen Armut und Hunger muss verstärken
- Die Schweizer EZA soll in ihren Partnerstaaten zum **Aufbau leistungsfähiger und transparenter Steuersysteme** beitragen, die wirksam gegen Steuervermeidung vorgehen. ZB im Rohstoffhandel.

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

- **Demokratie** und **Zivilgesellschaft** ebenso stärken wie die internationalen Institutionen der **EU** und der **UNO**.
- Mittelfristig: **EU Beitritt**

3.4 BEWAHRUNG DER SCHÖPFUNG

ENERGIEVERSORGUNG

- Unterstützt die **Klimafonds-Initiative**: jedes Jahr soll **zwischen 0,5 und 1 Prozent des BIP in die ökologische Erneuerung** der Schweiz investiert werden. Ziel: flächendeckende **Solarpanels**; **Gebäudesanierungen**, und **ÖV** ausbauen. Unabhängig von Öl, Gas und Uran werden
- Öffentliche Investitionen in die Versorgungssicherheit

UMWELTSCHUTZ

- Öffentliche **Investitionen** in den Klimaschutz
- Die Anforderungen an den **Pflanzenschutz** müssen (in der Landwirtschaft) verstärkt werden **Lenkungsabgabe** auf Pestizide und Streichung des reduzierten Mehrwertsteueransatzes für Pestizide.
- Die Verlängerung des **Gen-Moratoriums** soll weiter verlängert werden und die neuen gentechnischen Verfahren müssen dem Gentechnikgesetz unterstellt werden

NACHHALTIGKEIT

- **Kreislaufwirtschaft** ist die einzige die zukunftsfähig ist: entsprechend soll den Umbau der Wirtschaft vorangebracht werden
- **Direktvermarktung** fördern mit besseren Rahmenbedingungen

MOBILITÄT

- **Langsamverkehr** fördern (Wege für Fussgänger und Velofahrer ausbauen).
- **ÖV** fördern; Verlagerung von der Strasse auf die Schiene; Grundversorgung in allen Landesteilen und in den Randregionen

3.5 SUBSIDIARIÄT (Staat)

STAAT

- **Service Public** schützen und ausbauen: Öffentlicher Verkehr, Post und Telekommunikation, Energie- und Wasserversorgung, aber auch AHV, Volksschule und Gesundheitswesen.
- Die **Parlamentarierinnen u. Parlamentarier** müssen ihre **Geldflüsse** in Zusammenhang mit ihren jeweiligen Interessenbindungen **offenlegen**; auch wenn sie Reisen von Lobbyorganisationen, Verbänden und Behördenorganisationen annehmen
- Eine offizielle, allen offenstehende **Akkreditierung von Lobbyisten** für das Bundeshaus.

STAAT (u. Einbürgerung)

- **Einbürgerungsvoraussetzungen lockern** und Einbürgerungsverfahren angemessen, fair und unter Wahrung von verfahrensrechtlichen Grundsätzen ausgestalten
- Einführung des **Stimm- und Wahlrechts für Ausländer u. Ausländerinnen** nach fünf Jahren Aufenthalt in der Schweiz

MEDIEN

- Die Entwicklungen im Pressebereich sollen **Vielfalt begünstigen** und Zusammenhalt und Demokratie fördern.
- Das Angebot des **SRG** ist Teil des Service public und soll den kulturellen Zusammenhalt und die nationale Kohäsion stärken und zu Bildung und Unterhaltung beitragen.

4. FDP.Die Liberalen (FDP)

4.1 GEMEINWOHL

FAMILIE

- **Vereinbarkeit von Beruf und Familie** verbessern (Ausserfamiliäre Betreuungsstrukturen durch Kantone u. Gemeinden verbessern, flexible Elternzeit ermöglichen, Individualbesteuerung einführen)
- Zugang zu Mitteln der **Fortpflanzungsmedizin für gleichgeschlechtliche Paare**
- **PACS** einführen und Beziehungsform zwischen Konkubinats- und Ehe gesetzlich verankern
- Flexible **Elternzeit** einführen (16-wöchiger Elternurlaub: 8 Wochen reserviert für Mütter, der Rest zur freien Aufteilung unter den Elternteilen)
- **Steuerabzüge** für die externe Kinderbetreuung sollen für Unternehmen Anreize schaffen, Betreuungsmöglichkeiten anzubieten; Förderung von privaten Kitas in Kantonen

BILDUNG u. ERZIEHUNG

- keine **Überflüssige Verakademisierung**
- Mehr Vermittlung von **unternehmerischen Fähigkeiten** in Ausbildungsprogrammen des Bundes
- Unterstützung der Grund- und Weiterbildung, namentlich durch **steuerliche Abzüge**
- Harmonisierung der **Lehrpläne** auf Schweizer Ebene (HarmoS-Konkordat)
- Förderung von **digitalen Kompetenzen** in Bildung und Forschung und Anpassung des Bildungssystems an die Anforderungen der Digitalisierung.
- Möglichkeiten der **künstlichen Intelligenz nutzen**. Bildungssystem entsprechend anpassen.

GESUNDHEIT

- Mehr **Wettbewerb zwischen den Leistungserbringern**; **Wahlfreiheit** für Patienten und Kunden dank Qualitätsrankings und einer Vielfalt an Versicherungs- und Versorgungsmodellen
- Konzentration von teuren und hochspezialisierten Angeboten, um mittels ausreichender Fallzahlen und hoher Qualität effektivere und insgesamt kostengünstigere Lösungen zu erreichen
- Erhöhung des Handlungsspielraums für **alternative Versicherungsmodelle**, welche die Wahlfreiheit der Patienten erhöhen (Anpassung des Leistungskataloges, Mehrjahresverträge, Versorgungsnetze, wählbare Franchisen, mehr Flexibilität bei der Prämiengestaltung)
- **Bonus statt Malus**: Prämienrabatte für Patienten, die eigenverantwortlich handeln und günstigere Anbieter wählen im Rahmen von alternativen Versicherungsmodellen
- Förderung von **Prävention**, welche die richtigen Anreize für gesundheitsbewusstes Verhalten setzt.

ALTERSVORSORGE

- Erhöhung des **Rentenalters auf 66 und anschliessend Koppelung an die steigende Lebenserwartung**.
- Abschaffung des Koordinationsabzugs in der beruflichen Vorsorge
- Einheitliche Beitragssätze für alle Generationen; Harmonisierung der Zugangsbedingungen zu BVG u. AHV
- Entpolitisierung des Mindestumwandlungssatz o. Mindestzins, um Umverteilung von Jung zu Alt zu stoppen
- **Freie Wahl der Pensionskasse** unter Einbezug des Arbeitgebers

WIRTSCHAFT

- Vereinfachung der administrativen Prozesse (**Digitalisierung**)
- **Modernen Technologieeinsatz** erleichtern, keine Technologieverbote auf Vorrat
- **Regulierungsbremse** einführen
- Einheitssatz bei der **Mehrwertsteuer** einführen und Mehrwertsteuer im Geschäftsverkehr vereinfachen
- Keine Wettbewerbsverzerrungen durch Staatsunternehmen
- **Unternehmertum** fördern (Unternehmensgründungen erleichtern)
- Zeitgemässes, flexibles **Arbeitsrecht** ohne unnötige Bürokratie; Teilzeitstellen, Job-Sharing und Homeoffice durch Abbau regulatorischer Hürden
- Fehlanreize, die **ältere Arbeitnehmer** vom Arbeitsmarkt fernhalten, müssen beseitigt werden
- Rekrutierung von **Fachkräften aus Drittstaaten** erleichtern.

- Telekommunikation: **5G Umsetzen; 6G vorbereiten**; Ausbau des Glasfasernetzes
- Mehr Wohnungen durch weniger Vorschriften: bauen muss attraktiver sein, ZB durch Flexibilisierung der Lärmschutzvorschriften; Lockerung beim Denkmal- und Heimatschutz; Beschleunigung von Baubewilligungen
- Bildung von Arbeitsbeschaffungsreserven steuerlich begünstigen

VERTEIDUNGSPOLITIK

- **Modernisierung der Armee.** Sollbestand muss auf 120'000 Armeeingehörige erhöht werden; Armeebudget auf 7 Milliarden Franken erhöhen; Beschaffungsreife Rüstungsprojekte vorziehen; rüstungspolitische Abhängigkeit der Schweiz vom Ausland zu Reduzieren; Cyberfähigkeiten der Armee stärken; **Cyber-Resilienz verbessern.**
- **Bevölkerungs- und Zivilschutz stärken** durch ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen.
- **Vorratslagerung** überprüfen
- Bessere Antizipation und Bewältigung von Krisen: Frühzeitige Informationen von den Nachrichtendiensten; Krisenmanagement optimieren.
- Sicherheitspolitische Risiken klar benennen (ZB Russlands)

SICHERHEITSPOLITIK

- Verwendung von **Videoüberwachung** an gefährlichen Orten
- Zur Entlastung der Gefängnisse und Reduktion der Vollzugskosten sind **ausländische Häftlinge vermehrt zur Strafverbüßung in ihre Heimat zu überstellen**

4.2 SOLIDARITÄT

SOZIAL

- Staatlich geförderte Wohnungen nur für wirklich bedürftige Personen.

STEUERPOLITIK

- **Individualbesteuerung** für jeden auf Basis seines Einkommens
- **Keine Kapitalgewinnsteuer** und keine noch höhere Belastung auf hohen Einkommen und Vermögen
- Reform der **Verrechnungssteuer für Unternehmen**
- Gestaffelte Abschaffung von Emissionsabgaben auf Eigenkapital, Versicherungsstempel u. Umsatzabgabe
- Vereinfachung des Steuersystems (**Swiss Easy Tax**)

MIGRATION

- **Kontingentierungssystem reformieren**, um den Bedürfnissen der Schweizer Wirtschaft besser gerecht zu werden. Die **Zulassungserleichterung** für Drittstaatsangehörige mit CH Hochschulabschluss
- Unterbindung der Einwanderung in die Sozialsysteme mittels konsequenten Vollzugs des Ausländerrechts.
- **Begrenzung des Familiennachzugs** durch strenge Auflagen (Integrationsvereinbarungen, Sicherstellung der wirtschaftlichen Autonomie)

ASYL

- Beschränkung der **Flüchtlingsaufnahme**: keine Armuts- und Wirtschaftsflüchtlinge
- **Dublin-Überstellungen konsequent anwenden.**
- Dauerhafte Neuansiedlung besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge (**Resettlement-Programme**) sollen nur bei möglichen Kapazitäten in der Schweiz bewilligt werden.
- Schutzstatus S: weiterhin **rückkehrorientiert** ausgestaltet.
- Die freiwillige Rückkehr in Zusammenarbeit mit der EU fördern

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

- **Neutralität** an neue Herausforderungen **anpassen**: unabhängigen Aussenpolitik, die sich an den **Interessen der Schweiz orientiert** und unseren Wohlstand sichert.
- **Militärische Kooperation mit der NATO ausbauen**

- Sicherstellung der **Attraktivität** der Schweiz und von **Genf als Sitz für internationale Organisationen**.
- Aktive Politik der Schweiz in internationalen Organisationen. Ziel: **Einsitz in der G-20**.
- Verstärkung der traditionellen **Vermittlerrolle** der Schweiz in Konflikten im Rahmen unserer Neutralität.
- **Freihandelsverträge** mit den wichtigsten Handelspartnern; bestehende Abkommen aktualisieren.
- **EU**: Weiterentwicklung des **bilateralen Weges**; **kein EU-Beitritt, kein EWR Beitritt**; neue Abkommen wie ein Strommarktabkommen, Finanzdienstleistungsabkommen (FDLA) und ein Gesundheitsabkommen.

INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

- Stärkere **geographische und thematische Fokussierung der IZA** und strategische **Verknüpfung von entwicklungs- und migrationspolitischen Zielen**.

4.3 BEWAHRUNG DER SCHÖPFUNG

ENERGIEVERSORGUNG

- Energetische **Sanierung des Gebäudeparks** durch Energieeffizienzstandards und steuerliche Anreize; beschleunigte Verbreitung von intelligenten Steuerungs- und Messinstrumenten (Smart Meters).
- **Effizienzverbesserung bei Fahrzeugen durch CO2-Grenzwerte** gemäss europäischen Standards.
- Vollständige **Strommarktöffnung** (Wahlfreiheit für Konsumenten und KMU).
- Vorteilhafte **Integration der Schweiz in den Energiebinnenmarkt der EU**.
- Einfachere Zulassungsverfahren und Ausnutzen der Möglichkeiten in der Schweiz
- Ausbau der bestehenden und Erforschung neuartiger Stromproduktions- und Speichertechnologien.
- Aus- und Umbau der intelligenten Stromnetzinfrastruktur und Sicherstellung der Netzstabilität.
- Keine **Technologieverbote** (ZB. AKW).

NACHHALTIGKEIT

- Risiken beim Einsatz von Dünger u. Pestiziden durch Technologie, Innovationen u. Ausbildung reduziert.
- Besonders schädliche **Pflanzenschutzmittel** sind gemäss dem aktuellen Erkenntnisstand der Wissenschaft zu verbieten.

UMWELT (LANDWIRTSCHAFT)

- Die Verschwendung von **Kulturland** vermeiden; Boden-, Luft- und Wasserqualität verbessern.
- **Direktzahlungen** verstärkt auf **konkrete Ziele** wie die Förderung der Biodiversität und den Schutz der natürlichen Ressourcen ausgerichtet werden.
- Eine schrittweise Öffnung des Marktes, unterstützt durch finanzielle Übergangsmassnahmen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen.

MOBILITÄT

- **Bahn**: Verbesserung des Netzes im ganzen Land; Kapazitätserweiterungen und Verdichtung des Angebots
- **Strasse**: Beseitigung der Engpässe durch **Kapazitätserweiterungen** oder **Neubauten** sowie bessere Abstimmung zwischen Kantons- und Nationalstrassen
- **Luftfahrt**: Betriebszeiten der Landesflughäfen optimieren; Geschäfts- sowie Privatfliegerei auf Regionalflygplätzen stärken; Ausbau von Regionalflygplätzen

4.4 SUBSIDIARIÄT (Staat)

STAATLICHE KOMPETENZEN

- Ausgabenwachstum bremsen
- Gegen "absurde Bürokratie": Kultur der **Eigenverantwortung** und gesundem Menschenverstand statt der Überregulierung in jedem Lebensbereich (Zum Beispiel Zuckersteuer).
- **Digitalisierung**: zugunsten der Firmen nutzen (insbesondere **E-ID** als Grundlage rasch einführen, **E-Government**-Dienstleistungen ausbauen).

5. DIE MITTE

5.1 MENSCHEN IM ZENTRUM

MENSCHENRECHTE

- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, **Lohngerechtigkeit** zwischen Mann und Frau

RELIGIONSFREIHEIT

- Die **aktive Verhinderung von Parallelgesellschaften**, damit wir weiterhin in einer offenen und toleranten Gemeinschaft leben.

5.2 GEMEINWOHL

FAMILIE

- **Diskriminierung von eingetragenen und verheirateten Paaren bei den Steuern und der AHV bekämpfen** (siehe auch Volksinitiativen).
- Familien bei den **Krankenkassenprämien** entlastet.
- Höhere steuerliche **Abzugsmöglichkeiten für Familien bei effektiven Drittbetreuungskosten**; neue **Krippenplätze** werden vom Bund finanziell gefördert.

ERZIEHUNG u. BILDUNG

- **Chancengerechtigkeit** in der Bildung; Unterricht einer **zweiten Landessprache**

GESUNDHEIT

- Einführung einer **Kostenbremse** (Siehe Volksinitiative) im Gesundheitswesen, damit die Gesundheitskosten nicht stärker steigen als die Löhne.
- Digitalisierung im Gesundheitswesen, konsequente Umsetzung des elektronischen Patientendossiers; Tarife und Medikamentenpreise senken, damit Fehlanreize für unnötige Behandlungen wegfallen.

ALTERSVORSORGE

- AHV: Reform, die Drei-Säulen-Prinzip in der Altersvorsorge auf ein solides finanzielles Fundament stellt, **Renten auch für zukünftige Generationen garantieren** und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass Menschen mit tiefen Einkommen oder in Teilzeitstellen gut für die Zukunft abgesichert sind.

WIRTSCHAFT

- Anerkennung und Förderung von zukunftsfähigen Arbeitsmodellen, mehr **Flexibilität am Arbeitsplatz. Flexibilisierung des Arbeitsrechts.**

FINANZPLATZ

- Transparente und verantwortliche **Finanzinstitute**: Kunde soll informiert sein; korrekte Versteuerung (gegen Weissgeldstrategie); Too Big To Fail muss eingehalten werden.

- Besseren **internationalen Marktzugang für den Finanzplatz** Schweiz (unbefristeten Börsenequivalenz mit der EU unbefristet).

SICHERHEITSPOLITIK

- **Modernisierung der Armee** und der Ausbau unserer **Cyberkapazitäten; Aufstockung der Polizei- und Grenzwachkorps** und eine verstärkte Sichtbarkeit der Polizeipräsenz; **Armeebudget: 1% des BIP**.
- innovative **Frühwarnsysteme** auf Bundesebene, damit nationale sowie internationale Sicherheitsrisiken frühzeitig erkannt werden können;

5.3 SOLIDARITÄT

SOZIAL

- Eine wirksame Unterstützung für die **Pflege von Angehörigen und nahestehenden Personen**, damit ältere und kranke Menschen möglichst lange selbstbestimmt ihren Alltag bewältigen und zu Hause leben können.

ASYL

- Die Gewährung von **Asyl** für verfolgte und schutzbedürftige Personen, um diesen Menschen den Schutz zu bieten, der ihnen zusteht.
 - **Schnellere Asylverfahren**, damit Menschen, die kein Recht auf Asyl in der Schweiz haben, rascher in ihre Heimatländer zurückgeführt werden.
- Ein niederschwelliges Bildungsangebot, da gerade das Beherrschen einer Landessprache ein wesentlicher Erfolgsfaktor für eine gelungene Integration ist.

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

- **Bilaterale Beziehungen mit EU sektoriell weiterentwickeln** und mögliche soziale Herausforderungen auffangen können;
- **Schengener Abkommen bewahren**.
- Offene **Aussenwirtschaftspolitik** und guten Zugang zu ausländischen Märkten für CH Unternehmen, ohne dabei die Aspekte der Nachhaltigkeit zu vernachlässigen.
- Die **Einhaltung der internationalen Regeln und der völkerrechtlichen Grundprinzipien**, damit eine Weltordnung, die Frieden, Freiheit und Wohlstand garantiert, möglich bleibt.
- Vertiefte **Kooperation mit befreundeten Staaten**
- **Engagement in den Krisenregionen der Welt**, um frühzeitig auf Gefahren einzugehen

5.4 BEWAHRUNG DER SCHÖPFUNG

ENERGIEVERSORGUNG

- Umsetzung der **Energiestrategie 2050** (bis 2050 das Ziel von Netto-Null-Treibhausgasemissionen erreichen)
- Versorgungssicherheit: Fokus auf **einheimische und erneuerbare Energien**. Aber keine Kernkraftwerke. Vereinfachte und verkürzte Bewilligungsverfahren einführen.
- Lokale und regionale Wirtschaftszweige in den Bereichen Energiespeicherung und Energieeffizienz, **dezentrale Speichertechnologien** vorantreiben.

- Einbindung von Berg- und Randregionen in ein griffiges CO₂-Gesetz, damit diese Gebiete, die von den Auswirkungen des Klimawandels besonders betroffen sind, die kommenden Herausforderungen bewältigen können.
- **Investitionen in Klimatechnologien und Energieeffizienz** zur CO₂-Reduktion müssen künftig steuerlich bevorteilen. Förderung der Innovation und Forschung in Zukunftstechnologien zur Vermeidung, Speicherung und Reduktion von CO₂-Abgasen.

UMWELTSCHUTZ

- Investitionen in den Schutz der **Biodiversität**, um Auswirkungen auf das Klima zu reduzieren und Erholungsräume zu sichern.
- Sorgsamen Umgang mit der **Kulturlandschaft**, damit die wichtigste Basis für die heimische Landwirtschaft erhalten wird; nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln.
- Förderung der Innovation und **Digitalisierung in der Landwirtschaft**, damit eine nachhaltige und effiziente Produktion möglich bleibt; Schutz von einheimischen Nutztierassen

NACHHALTIGKEIT

- Ein Anreizsystem, das dafür sorgt, dass weniger Abfall produziert, und gleichzeitig einen deutlichen Ausbau der **Kreislaufwirtschaft**, damit Produkte vermehrt wiederverwertbar hergestellt werden.

MOBILITÄT

- Funktionierende, barrierefreie und sich ergänzende **Verkehrssysteme**, auch in den Berg- und Randregionen; Mehr Unterstützung von Innovation und Forschung für **neue Mobilitätstechnologien**, damit wir in Zukunft noch nachhaltiger unterwegs sein können.

5.5 SUBSIDIARITÄT (Staat)

BUNDESVERWALTUNG

- **Digitalisierung**: Einen verantwortungsvollen und zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden koordinierten Ausbau des E-Governments

MEDIEN

- duales Mediensystem, damit neben der **SRG** ein privates Medienangebot die regionale Informationsvielfalt gewährleistet

6. GRÜNE SCHWEIZ¹

6.1 MENSCHEN IM ZENTRUM

MENSCHENRECHTE

- Grundsatz «**Nur Ja heisst Ja**» im Sexualstrafrecht verankern.
- **Kampagne gegen geschlechtsspezifische und sexualisierte Gewalt**
- Strafgesetzbuch soll bei **psychischer Gewalt und Stalking** in Partnerschaften greifen.
- Aufruf zu Hass aufgrund der **Geschlechtsidentität** (beispielsweise Misogynie, Enbyphobie und Transfeindlichkeit) in die **ausgeweitete Rassismusstrafnorm** auf.
- Gewalt aufgrund von Race, Herkunft, Religion, sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität statistisch erfassen. **Nationales Programm gegen Rassismus**.
- **Dritten Geschlechtseintrag**, der die Kategorien weiblich und männlich ergänzt.
- **Lohnleichheitsanalysen** und -kontrollen für alle Betriebe
- **40%-Mindestvertretung von Frauen** in Führungsfunktionen der Bundesverwaltung, der bundesnahen Betriebe sowie bei privaten Grossunternehmen ein
- **Menstruationsprodukte** kostenlos zugänglich mache ("Periodenarmut" bekämpfen).
- Medizinisch nicht notwendige Operationen an **intergeschlechtlichen Kindern** und **Konversionstherapien** werden verboten.
- Neben den Jenischen u. den Sinti auch die Roma als **nationale Minderheit** anerkennen
- Transparenz über den Einsatz von **Algorithmen** und deren Funktionsweise inklusive allfälliger «**racial biases**». **Social-Media**-Plattformen müssen geregelte Moderations- und Stummschaltungsverfahren transparent machen.
- **Privatsphäre**: biometrische Gesichtserkennung im öffentlichen Raum verbieten.
- **Konzernverantwortung** stärken
- Integration von **Menschen mit Behinderungen** fördern.
- **Stimmrechtsalter 16** und politische Bildung stärken.

LEBENSCHUTZ

- **Schwangerschaftsabbruch aus dem Strafgesetz streichen.**

6.2 GEMEINWOHL

FAMILIE

- **Paritätische Elternzeit** von mindestens je 18 Wochen; Dreiwöchigen vorgeburtlichen Mutterschaftsurlaub; Recht auf **Teilzeitarbeit** und auf **Wiederaufstockung** für Eltern.
- **Kindertagesstätten u. Tagesschulen** fördern
- **Finanzielle Absicherung** des betreuenden Elternteils bei einer **Scheidung / Trennung**
- **PACS** («pacte civil de solidarité») für alle Partnerschaften zugänglich.

BILDUNG u. ERZIEHUNG

- **Stipendienwesen** ausbauen; **Integrative** beziehungsweise **inklusive** Schule fördern
- Wissensstandort Schweiz mit seinen **Hochschulen** stärken und verbessern die Arbeitsbedingungen namentlich für den **akademischen Mittelbau**

¹ Im Prinzip haben wir versucht, das Wahlprogramm jeder Partei auf 3 Seiten zu reduzieren. Das ist uns bei den Grünen nicht gelungen. Sie haben überdurchschnittlich viele Forderungen und Vorschläge, und es war uns sehr schwierig, diese noch kürzer zusammenzufassen. Diese Ungleichbehandlung war eigentlich nicht gewollt.

GESUNDHEIT

- Gesundheitsförderung und die Prävention wird durch ein **Rahmengesetz** fördern.
- **Prämienverbilligungen** ausbauen.
- **Einkommensabhängige Krankenkassenprämien**; Eine **öffentliche Krankenkasse**.
- Finanzierung der **Alters- und der Langzeitpflege**; Betreuungsangebot sicherstellen.
- Lücken in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung schliessen (ZB **zahnärztliche Behandlungen**).
- Nationale Strategie im Bereich der **psychischen Gesundheit**
- Reduktion des **Zuckers** bei der Produktion von Nahrungsmitteln u. Getränken
- **Cannabislegalisierung**; **Drogenkonsum entkriminalisieren**; Suchtprävention
- Frühwarnsystem gegen Pandemie; Forschung zu Long-Covid verstärken

ALTERSVORSORGE

- **Ausbezahlung einer 13. AHV-Rente**. **Nationalbankgewinne** einsetzen.

FINANZPLATZ

- Verbindlichen **CO2-Absenkpfad**
- Finanzierung von besonders klima- und umweltschädlichen Tätigkeiten wird **verboten** (ZB Förderung von **Öl und Gas aus Teersand** und **Fracking** oder die Abholzung der **Regenwälder**).
- Finanzierungsverbot für die Produktion von chemischen und biologischen (Massen-)Vernichtungswaffen, Kernwaffen sowie von weiteren international geächteten Kriegsmitteln wie Streubomben oder Antipersonenminen.
- Verbindliche und griffige Nachhaltigkeitsdefinitionen und Greenwashing verhindern.

SICHERHEIT

- **Armee**: defensive **Cyber-Kompetenzen** und **Luftpolizeidienst** statt Angriffskampffjets.
- **Zivildienst** auf freiwilliger Basis. **Keine Dienstpflicht** mehr.
- Präventionsarbeit gegen **Rechtsextremismus** und **Frauenhass**.
- **Zentrales Waffenregister**; Hinterlegen von Ordonnanzwaffen in Zeughäusern oder Schiessständen wird obligatorisch.

WIRTSCHAFT

- Unabhängigen **Rohstoffmarktaufsicht** (Rohma).
- Transparenz über die Eigentumsverhältnisse von Firmen (**Register der wirtschaftlichen Berechtigten**). Anwältinnen / Anwälte dem Geldwäschereigesetz unterstellen.
- **Kriegsgewinnsteuer**

6.3 SOLIDARITÄT

SOZIAL

- Schweizweiten gesetzlichen **Mindestlohn** von mindestens 25 Franken pro Stunde
- Obligatorische Krankentaggeldversicherung und Anspruch auf Arbeitslosentaggelder auch für Selbständigerwerbende sowie einer 100%-Kurzarbeitsentschädigung bei tiefen Löhnen bis 4'000 Franken pro Monat.
- **Erziehungs- und Betreuungsgutschriften**
- Erste Schritte hin zu einem **bedingungslosen Grundeinkommen**
- Arbeitsgesetz soll auch für die Arbeit in Privathaushalten gilt.
- bessere Unterstützung **pflgender Angehöriger**

STEUERPOPLITIK

- Individualbesteuerung.
- Erbschaftssteuer auf hohe Vermögen
- Keine Pauschalbesteuerung für ausländische Staatsangehörige

MIGRATION

- Beitritt der Schweiz zum **UNO-Migrationspakt**.
- Menschen sollen ihre Aufenthaltsbewilligung nicht mehr verlieren, nur weil sie Sozialhilfe beziehen.

ASYL

- Grosszügige Verteilung von **humanitären Visa** und Aufnahme von anerkannten Geflüchteten («**Resettlement-Kontingente**»); - **Botschafts asyl** wieder einführen.
- **Asylgründe ausweiten**: Flucht aufgrund der Klimaerhitzung, Verfolgung aufgrund des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung, Wehrdienstverweigerung im Kriegsfall.
- **Frontex** muss Geflüchtete schützen, statt sie abzuweisen. Straftatbestand «Pushback».
- **Status F** («vorläufige Aufnahme») abschaffen; **Asylnothilfe** abschaffen.
- **Kollektive Regularisierung von Sans-Papiers**
- Gefängnisartigen Bundesasylzentren werden ersetzt mit **Schutz- und Unterstützungszentren**. - **Keine Administrativhaft** im Migrationsbereich.

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

- **Abkommen mit Europäischen Union**; Beteiligung am europäischen Green Deal.
- Mithilfe für den Wiederaufbau der **Ukraine**. Strafverfolgung der von Russland in der Ukraine begangenen Kriegsverbrechen.
- Kohärente Aussenpolitik, dessen **Oberziel die Menschenrechtsförderung** ist. Aussenpolitik soll zudem **feministisch** sein (Frauen stärken).
- Aktive **Neutralitätspolitik**, auf der Seite des Völkerrechts. Aktive **Sanktionspolitik**.
- Für weltweite **Abrüstung und Demilitarisierung** ein. Kriegsmaterialexporte aus der Schweiz. Atomwaffenverbotsvertrag ratifizieren. Internationales Abkommen, soll autonome Waffensysteme («Roboterwaffen») ächten.
- Universelle Zuständigkeit für Kriegsverbrechen im Ausland.
- **Freihandelsabkommen mit China kündigen**. Neue Handelsabkommen werden mit verbindlichen Nachhaltigkeitsbestimmungen ergänzt.

INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

- Mindestens 1% des Schweizer BIP in die EZA.
- Finanzielle Unterstützung für UNO-Institutionen und NGO erhöhen

6.4 BEWAHRUNG DER SCHÖPFUNG

ENERGIEVERSORGUNG

- **CO2-Gesetz**. Bis 2030 soll die Schweiz "klimaneutral" (Netto-Null) werden. Bis 2040, klimaneutral inklusive aller importierten Emissionen. AB 2040 Klimapositiv.
- **Klimadepartement** wird erschaffen
- **Klimafonds** (Siehe Volksinitiative): Ausbau der erneuerbaren Energien und vor allem der **Solarenergie** beschleunigen. **0.5 bis 1 Prozent** des BIP werden investiert.
- **Solarpflicht** auf geeigneten Dächern und Fassaden von bestehenden und neuen Gebäuden. Solarenergie in Zukunft auch stärker für den Wärmebedarf nutzen.
- Elektrowiderstandsheizungen werden ersetzt; Gebäudesanierungen beschleunigen.

- Verschärfte **Effizienzvorschriften für Elektro-Geräte**
- **AKW**: maximale Laufzeiten festlegen. CH **Atommüll** soll in Tiefenlager auf CH Boden
- **Keine Neuzulassung für fossil betriebene Neuwagen ab 2025**; so bald wie möglich: **Einbaustopp für fossile Heizungen**
- **Halbierung der Treibhausgasemissionen der Landwirtschaft bis 2040**

UMWELT u. BIODIVERSITÄT

- **Grundrecht auf eine gesunde Umwelt** soll in die Bundesverfassung und die **Natur** wird mindestens teilweise zum Rechtssubjekt – und kann somit klagen. Schaffen eines Tatbestands des **Ökozids**; Wiedergutmachung für ökologische Schäden ins Privatrecht
- **Grundrechte für Tiere**. Sie sollen Rechtspersönlichkeiten werden
- **Schaffung und Erhaltung** von Grün- und Wasserflächen gegen Hitzeinseln;
- **Gewässer renaturieren**; natürliche und naturnahe Lebensräume
- **Herdenschutz** verbessern, um geordnetes Zusammenleben mit den heimischen Grossraubtieren sicherstellen; Jagdgesetz massvoll anpassen.
- Schrittweiser austeig aus dem Einsatz synthetischer Pflanzenschutzmittel.
- Ausserfamiliäre **Hofübergaben** erleichtern; neue Arbeitsorganisationen wie landwirtschaftliche Genossenschaften oder solidarische Landwirtschaft fördern.
- **Fleischkonsum** durch Bildung und bessere Information soll abnehmen.

NACHHALTIGKEIT

- **Kreislaufwirtschaft** stärken beim Bauen, bei Konsumgütern (Recht auf Reparatur, Garantiedauer erhöhen),...

MOBILITÄT

- **Motorisierten Individualverkehr** in den Städten u. Agglo um 50% reduzieren bis 2040.
- **Klimaneutrales Fahrzeugpark** mit kleinen und leichten Autos ein. Fossil betriebene Fahrzeuge werden nicht mehr neu zugelassen.
- **Klimaschädliche Inlandflüge und Kurzstreckenflüge** ins nahe Ausland verbieten
- **Flugticketabgabe; Besteuerung von Kerosin**
- **öV** ausbauen und Vergünstigung des öffentlichen Verkehrs;
- Steuerabzüge für das Pendeln wird auf die Kosten, die für das umweltschonendste zumutbare Verkehrsmittel anfallen begrenzt.

6.5 SUBSIDIARIÄT (Staat)

STAAT

- Schweizer Rechtsstaat soll mit der **Verfassungsgerichtsbarkeit** ergänzt wird.
- **kollektiven Rechtsschutz** in der Zivilprozessordnung
- **«justice restaurative»**: Strafverfahren einvernehmlich beenden und Versöhnung zwischen den Parteien fördern.
- **Parteienfinanzierung** muss transparent und öffentlich sein

STAAT (Einbürgerung)

- Stimmrecht für alle, die seit 3 Jahren rechtmässig in der Schweiz wohnen.
- Einbürgerung für alle, die seit über 3 Jahren in einem geregelten Status in der CH leben
- Geburtsortsprinzip (ius soli).

BUNDESVERWALTUNG

- Innovative Verwaltung (API-Architektur). Verwaltungsdaten sind «Open Data»
- **staatliche E-ID** (mit Open-Source-Software)

7. GRÜNLIBERALE PARTEI SCHWEIZ (GLP)

7.1 MENSCHEN IM ZENTRUM

- Staat soll den Menschen nicht vorschreiben, wie sie zu leben haben und sich **gegenüber allen Weltanschauungen neutral verhalten**, solange mit CH Rechtsordnung vereinbar
- **Gleichstellung** von Mann und Frau und aller Familien- und Lebensmodelle sowie die Chancengerechtigkeit sind für uns selbstverständlich und sicherzustellen.

7.2 GEMEINWOHL

FAMILIE

- bezahlbare **Kita-Plätze**: ausreichendes und bezahlbares Angebot in der ganzen CH
- **Paritätische Elternzeit**, um Eltern eine Erhöhung des Arbeitspensums zu ermöglichen

ERZIEHUNG u. BILDUNG

- Schweiz soll **wettbewerbsfähigen Hochschul- und Forschungsstandort** bleiben; Aus- und Weiterbildungen in den Bereichen wo es Fachkräftemängel gibt sollen für beide Geschlechter attraktiver gestaltet werden; Ausgaben regelmässig kritisch überprüfen (Kontrollmechanismen sollen die Qualität und Kosten/Nutzen-Verhältnis sichern).
- Erlernen einer **zweiten Landessprache** als erste Fremdsprache;

GESUNDHEIT

- **Einheitliche Finanzierung von stationären und ambulanten Leistungen**
- kantonsübergreifende Planung mit maximal sechs **Gesundheitsregionen**.
- Elektronische Patientendossier (Überversorgung beseitigen).
- Auseinandersetzung mit **Krankheit u. Tod muss enttabuisiert werden: Patientenverfügung** können fragwürdige u. kostspielige Lebensverlängerungen vermindern
- **Drogenpolitik**: strikte Verfolgung des illegalen Drogenhandels; Repression gegenüber Süchtigen ist aber nicht zielführend; weiche Drogen wie **Cannabis** wiederum sollen unter Berücksichtigung des Jugendschutzes legalisiert und besteuert werden.

ALTERVORSORGE

- Zeitpunkt der Pensionierung geschlechtsneutral flexibilisieren
- Modernisierung der zweiten Säule für tiefe Einkommen, Teilzeitbeschäftigte und Personen mit stark schwankenden Einkommen während des Erwerbslebens.

WIRTSCHAFT

- **liberalen Wirtschaftsordnung**: gesunden Wettbewerb spielen lassen.
- Kommt es jedoch zu Marktversagen, hat der Staat regulierend einzugreifen (ZB Umweltschutz), durch marktwirtschaftlichen Anreizsystemen wie Lenkungsabgaben.
- **Investitionen in die Stärken der Schweiz : Bildung, Forschung, Fachkräfte**
- Ermöglichung des **Arbeitsmarktzugangs auch für ältere Personen**
- Finanzielle Anreize über **Lenkungsabgaben, Bonus-Malus-Systeme** und Anpassungen des Steuersystems (**ökologische Steuerreform**: Energiesteuer oder Ressourcensteuer).
- **Landwirtschaft** im Sinne einer wertschöpfungsstarken, nachhaltigen und **von staatlichen Geldern weitgehend unabhängigen** Branche stärken.
- **Digitalisierung**: Effizienzgewinne, Wissenssymmetrie und Wissensdemokratisierung, Forschungssprünge, die Neuverteilung von Wertschöpfungsketten

FINANZPLATZ

- Finanzmarktpolitik muss den gesicherten Zugang zu allen weltweit relevanten Märkten zum Ziel haben. Effiziente internationale Regulierungsstandards.
- Der Staat soll möglichst wenig an den Risiken des Finanzplatzes beteiligt sein. Allfällige beim Staat verbleibende Risiken sollen durch den Finanzplatz abgegolten werden.

7.3 SOLIDARITÄT

STEUERPOLITIK

- Einführung der **Individualbesteuerung**: Anreize für Zweitverdienenden.
- Das Steuersystem vereinfachen; ökologische Steuerreform.
- Wirksame Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerbetrug.

ASYL

- Kontingente der **Resettlement-Programme** erhöhen und ausschöpfen.
- **Konsequenter Vollzug bei negativem Asylentscheid**. Rücknahmeübereinkommen.
- **Sozialhilfe** soll Wege in ein eigenständiges Leben aufzeigen.
- Anreize zur **Förderung der Integration**: Sprachkurse, Unterstützung bei der Integration in den Arbeitsmarkt, beim Zugang zu Ausbildungen oder bei der sozialen Vernetzung.
- Integration auch bei **Schutzstatus S**: Integrationsmassnahmen und Anreize
- Ersetzung der vorläufigen Aufnahme (**Status F**) durch den Status «Humanitärer Schutz»:
- **Europäische Lösungen**: mehr Solidarität unter den Staaten. Durchführung von Asylprozessen in Zentren ausserhalb Europas wird abgelehnt.
- Stärkung des humanitären Engagements: Engagement in Krisenregionen ausweiten
- Umsetzende Ebenen unterstützen: Unterstützung der Gemeinden

MIGRATION

- Erleichterter **Arbeitsmarktzugang** für Hochschulabgängerinnen und -abgänger aus Drittstaaten; **Branchenspezifische Ausgestaltung der Drittstaatenkontingente**

INTERNATIONAL

- **Europa** (Teilnahme am europäischen Binnenmarkt sichern): neues **institutionelle Abkommen** oder einem **Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum**
- Schweiz als **Vermittlerin** in Konfliktsituationen ; humanitäre Hilfe ist im Zentrum
- Rahmenbedingungen für das **internationale Genf stärken**
- Das Neutralitätsverständnis der Schweiz muss zum Ziel haben, die demokratische u. völkerrechtliche Werte in der Weltgemeinschaft zu stärken
- Für die Übernahme **internationaler Sanktionen**
- Die Schweiz bleibt **bündnisfrei**, fördert aber die Zusammenarbeit mit der **NATO**
- **Reform der Regeln für die Wiederausfuhr von Rüstungsgütern**: Wiederausfuhr in demokratische Staaten, die völkerrechtswidrig angegriffen werden, ermöglichen.

INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

- Globale Verantwortung zu einer nachhaltigen EZA wahrnehmen

7.4 BEWAHRUNG DER SCHÖPFUNG

ENERGIEVERSORGUNG

- **Energiewende.** Weg von CO₂-lastigen Technologien und **weg von der Atomkraft.**
- Mehr Investitionen in **Gebäude- und Stromeffizienz** (Digitalisierung).
- Massiver Ausbau der **Photovoltaik**; in Kombination mit Ausbau der **Windenergieanlagen** (Schnellere Bewilligungsverfahren; gute Rahmenbedingungen).
- Ausbau der **Speicherwasserkraftwerke**
- **Nationale Strategie für Power-to-X-Technologien (Umwandlung und Speicherung verschiedener Energieformen):** Förderung von technischen **Innovationen** in Wissenschaft und Industrie; Bau von **Power-to-X-Anlagen** auch in der Schweiz
- Pumpspeicherung, über Batterien in den Gebäuden
- Stromabkommen mit **EU**; Integration der Schweiz in den europäischen Energiemarkt.

UMWELT u. BIODIVERSITÄT

- Belastung der Ökosysteme durch Anreize reduzieren (**Lenkungsabgabe**)
- Die Grenzwerte bei **Schadstoffen** sind konsequent einzuhalten
- Schonungsvollen Umgang mit **Wasser**; Renaturierung von **Fliessgewässern**.

NACHHALTIGKEIT

- **Aktive Raumplanung:** hohe Siedlungsqualität schaffen; Regionale und kommunale Richt- und Nutzungspläne; Behördenkompetenz in kleineren bis mittelgrossen Gemeinden stärken; Höhere Wohnflächeneffizienz, besonders in den Städten u. vermehrt in die Höhe bauen; nachhaltig bauen (innovative Holzbautechnologien, sparsamer Einsatz von Beton und Stahl, die Wiederverwendung von Baumaterialien...); Landreserven bewahren.

MOBILITÄT

- Anreize um **Verkehr vermieden** (Wohnen, Freizeit, Konsum und Arbeit möglichst nahe zusammenbringen); umfassendes **Mobility-Pricing**.
- Verlagerung auf effizientere Verkehrsmittel wie den **Velo- und Fussverkehr** sowie den **öV** gefördert werden.
- Schweizer Strategie zur **Elektromobilität**, mit Förderprogramm zur Umsetzung; Einbezug der Elektromobilität in Bonus-Malus-Systeme für Neukäufe; klare Regulierung der Rahmenbedingungen und die Sicherstellung der Nachhaltigkeit.
- Umsetzung der **Verlagerung des alpenquerenden Güterverkehrs auf die Schiene**
- **Flugverkehr** soll stärker steuerbelastet sein. Er soll klimaneutral werden. Keine weitere Kapazitätsausbau der Schweizer Flughäfen.

7.5 SUBSIDIARITÄT (Staat)

STAAT

- Staat soll sich auf seine **Kernaufgaben** konzentriert, auf **Eigenverantwortung** basiert und seine Dienstleistungen wie ein modernes Unternehmen organisieren.
- Wir begrüßen eine **antizyklische Finanzpolitik**. Schuldenbremse.
- **Digitalen Staat fördern**

STAAT u. Einbürgerungsverfahren

- **Einbürgerungsverfahren** für in der Schweiz aufgewachsene Personen erleichtern. Stimmberechtigten (Gemeindeversammlung) soll nicht über eine Einbürgerung bestimmen

8. EVANGELISCHE VOLKSPARTEI (EVP)

8.1 MENSCHEN IM ZENTRUM

MENSCHENRECHTE

- Annahme u. Umsetzung eines griffiges **Konzernverantwortungsgesetzes**.

MENSCHENHANDEL

- Straftatbestand für **Arbeitsausbeutung** im Strafgesetzbuch, damit die Opfer besser identifiziert und geschützt werden und Strafverfolgungsbehörden die Ermittlungsarbeit und die Beweisführung leichter geahnden können, die Täter vor Gericht gebracht und verurteilt werden. (Siehe Motion 20.3630)
- Schweizweiten **Ausstiegsangebote für Menschen, die aus der Prostitution raus wollen**. Es braucht für ausstiegswillige Menschen Hilfsangebote, die tatsächliche Alternativen zur Prostitution bieten und mit den Folgeschäden der Prostitution umgehen. Ziel ist eine unabhängige Einnahmequelle, um den eigenen Lebensunterhalt selbstbestimmt und in Würde finanzieren zu können. (Siehe Motion 22.3980)
- **Sexkauf-Verbot** in der Schwei (Nordisches Modell)
- Umfassendes Präventions- und Aufklärungspaket von Bund und Kantonen gegen **Loverboys**, die junge Mädchen emotional von sich abhängig machen und in die Prostitution zwingen

8.2 GEMEINWOHL

FAMILIE

- **Kinderbetreuung** tragbar gestalten: Generelle **Erhöhung der Kinder- und Familienzulagen auf mindestens Fr. 250.- resp. 300.- Fr. pro Monat** (Siehe Parlamentarische Initiative 23.406)
- **Schweizweite Familien-Ergänzungsleistungen** statt Sozialhilfe, denn Kinder dürfen in der Schweiz kein Armutsrisiko sein und sie gehören nicht in die Sozialhilfe.
- Ersatzlose Streichung der Plafonierung von Ehepaar-Renten auf 150 Prozent, während Konkubinatspaare zwei volle Renten ausbezahlt bekommen (**Heiratsstrafe**); **keine Individualbesteuerung**.

BILDUNG

- Akzente in Bildung und Forschung zu **erneuerbarer Energie** zu setzen.

GESUNDHEIT

- **Prämienverbilligung** erhöhen
- **Interprofessionelle medizinische Versorgungsmodelle** zur Sicherung der Grundversorgung angesichts des drohenden Hausarztmangel
- Ausbau der **Palliative Care** als Alternative zur Suizidbeihilfe.

ALTERSVORSORGE

- **Faire AHV-Renten und Bundessteuer auch für Ehepaare**: Diskriminierung der Ehe abschaffen (siehe auch Volksinitiativen)
- **Umverteilung in der 2. Säule** zuungunsten der jüngeren Generationen muss beseitigt werden. Der Sparprozess in der beruflichen Vorsorge gehört vorverlegt.

- **Altersrücktritte** sollen flexibilisiert und entsprechende Rentenkürzungen für Personen mit langer Erwerbsdauer und tiefem Einkommen sozial abgedeckt werden. Für Männer und Frauen soll dasselbe Referenzalter gelten.
- Ausbau des Angebots an bedarfsgerechten **Wohnkonzepten** wie betreutes Wohnen, Generationenhäuser oder Alters-WGs; Modulare Pflegemodelle, die flexibel auf den real vorhandenen individuellen Pflegebedarf reagieren können. Es gilt, ein möglichst langes und eigenständiges Verweilen in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen und so vorzeitige, kostenintensive Eintritte ins Pflegeheim zu verhindern.
- **Pflegende Angehörige** unterstützen: finanzielle Entlastung, durch Sicherung der Altersvorsorge u. Abgeltung der Angehörigenpflege; praktische Entlastung, durch fachliche Betreuung u. Begleitung, u. durch Ablösungen an Wochenenden o. in den Ferien.

WIRTSCHAFT

- **Förderung sozialer Unternehmen** (siehe Motion 21.3891). «Soziale Unternehmen» sind Privatunternehmen, die nicht nur auf ihren eigenen Gewinn ausgerichtet sind. Ihr Unternehmenszweck besteht darin, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen und einen Beitrag zur Bewältigung ökologischer und sozialer Herausforderungen in unserer Gesellschaft zu leisten.
- **Arbeitssuchende über 50** sollen gezielt gefördert und wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden; öffentliche Aufträge sollen bewusst an Firmen vergeben werden, die sich nachweislich konsequent für die Integration Beeinträchtigter und Arbeitssuchende der Generation Ü50 einsetzen; Anreize für Unternehmen mit innovativen und kreativen Geschäftsmodellen, um Menschen mit Beeinträchtigung sowie Arbeitssuchende der Generation Ü50 zu integrieren.
- **Freihandelsabkommen** sollen Klauseln bezüglich sozialer, ökologischer und menschenrechtlicher Standards enthalten.

FINANZPLATZ

- Massiven Ausbau der Aufsichts-, Interventions- und Sanktionskompetenzen der Finanzaufsichtsbehörde **FINMA**.
- Verschärfte **Eigenkapitalvorschriften**
- Bei systemrelevanten Banken soll den variablen Lohnanteile (**Boni**) auf maximal zwei **Monatslöhne oder 15 Prozent des Jahreslohnes** begrenzt sein.
- **Maximallöhne** für staatsnahe Betriebe im Besitz oder bei Aktienmehrheit der öffentlichen Hand wie Postfinance, Kantonalbanken, SBB, Axpo etc.
- strenge **Nachhaltigkeitskriterien** für Geldanlagen der Schweizerischen Nationalbank, Compenswiss (Fonds von AHV, IV, EO) sowie Pensionskassen der öffentlichen Hand und von staatsnahen Betrieben.

SICHERHEITSPOLITIK

- Engagiert sich für einen "**Service citoyen**" (siehe Volksinitiative)

8.3 SOLIDARITÄT

SOZIALES

- **Systemrelevante Care-Berufe** wie Pflegende, Lehrkräfte oder Kita-Betreuende müssen aufgewertet werden. Darum steht die EVP für deutlich **höhere Betreuungsschlüssel und angemessene Löhne** ein.
- Massnahmen gegen **Altersarmut**: Inflation abfedern und den Teuerungsausgleich für die AHV-Renten sowie höhere Verbilligungen bei den Krankenkassenprämien sicherstellen;

BVG-Koordinationsabzug senken und die Versicherung mehrerer Teilzeitpensen in der 2. Säule ermöglichen.

ASYL

- Für eine **Regularisierung der langzeitbeziehende der Nothilfe aus altrechtlichen Asylverfahren** (Motion 21.3187)

8.4 BEWAHRUNG DER SCHÖPFUNG

ENERGIEVERSORGUNG

- **Netto-Null-Emissionen** erreichen: Stromproduktion aus **erneuerbaren einheimischen Energiequellen** dringend und stark ausbauen; Stromoffensive soll die **Wasser- und Windkraft** einschliessen und die **Photovoltaikflächen** auch in der Landwirtschaft massiv erhöhen.
- **CO2-neutrale Wärmeverbände sollen finanziell unterstützt werden**, da damit Tausende Öl- und Gasheizungen abgestellt werden können.
- Ökologische Steuerreform, die mit einer **Lenkungsabgabe** den Verbrauch fossiler Energie – statt die Arbeit – steuerlich belastet.
- Unterstützt die **Klimafonds-Initiative**.

UMWELT / BIODIVERSITÄT

- Kurzfristig soll den **Anteil der geschützten Flächen** in der Schweiz auf ein Fünftel der Gesamtfläche anheben;
- Städte und Gemeinden sollen zudem ihre Anstrengungen intensivieren, die Artenvielfalt auch in besiedelten Gebieten zu stärken und damit **Grüne Lungen** zu schaffen.
- **Überbauung von wertvollem Ackerland und Fruchtfolgeflächen stoppen**.

MOBILITÄT

- In der Flugbranche muss Kostenwahrheit herrschen. Einführung einer **Flugticketabgabe**. Langfristig braucht es internationale Lösungen für eine wirksame **Kerosinsteuer**.

NACHHALTIGKEIT

- **Mit Holz und anderen ökologischen Baustoffen statt Beton bauen**.
- Längere **Geräte-Garantie von fünf statt zwei Jahren** (Siehe auch Motion 19.4594)

8.5 SUBSIDIARIÄT (Staat)

STAAT

- Einführung des **doppelten Pukelsheim bei eidg. Wahlen** (gegen die Listenflut).

STAAT u. RELIGION

- EVP setzt sich ein für das eigene christliche Erbe, die eigene christliche Identität und die Wahrung der christlichen Werte und Traditionen. EVP setzte sich in der letzten Legislatur für den **Beihalt der Gottesanrufung** in der Präambel der eidg. Verfassung.
- Es braucht geklärte **Voraussetzungen für Integration und Zusammenleben der Religionen** sowie das Verhältnis von Staat und Religion
- Konkrete **Ausbildungsvoraussetzungen für Imame**, die vor islamistischer Radikalisierung schützen und das Integrationspotenzial der Imame im Umgang mit Jugendlichen in ihren muslimischen Gemeinschaften nutzen.

9. EIDGENÖSSISCH-DEMOKRATISCHE UNION (EDU)

9.1 MENSCHEN IM ZENTRUM

MENSCHENRECHTE

- Verteidigung von **Meinungsäusserungsfreiheit** und **Meinungsvielfalt**: Nein zu Zensurgesetzen, «Cancel Culture», **Abschaffung vom Passus im Art. 261bis StGB bezüglich «Diskriminierung und Aufruf zu Hass aufgrund der sexuellen Orientierung»**.
- Gegen **Transgender-Ideologie**: Minderjährige sind vor Geschlechtsumwandlungen und der Verabreichung von Pubertätsblockern zu schützen.
- Recht auf Privatsphäre: Für den Erhalt des **Bargelds** (Siehe auch Bargeldinitiative).

RELIGIONSFREIHEIT

- **Glaubens- und Gewissensfreiheit** für alle Einwohner auf der Basis der christlich-jüdischen Wertmassstäbe, auch im Bildungs- und Gesundheitswesen (z.B. bei der **Frage Schöpfung-Evolution** oder beim **medizinischen Personal** in der Frage der Mitwirkung bei Abtreibung, Suizidbeihilfe);
- **keine staatliche Einmischung** in die interne Organisation von Glaubensgemeinschaften (**Ausnahme: radikalen Islam**);
- Delegation von öffentlichen **sozialen Aufgaben** an Institutionen von Religionsgemeinschaften auf der Basis von Leistungsvereinbarungen gegen Entschädigung
- **Keine rechtliche und/oder fiskalische Bevorzugung von Religionsgemeinschaften durch den Staat.**

SCHUTZ DES LEBENS

- **Schutz des Lebens – von der Zeugung bis zum natürlichen Tod**
- Gegen die Liberalisierung der **Fortpflanzungsmedizin** (Samenspende, Eizellenspende, Leihmutterchaft)
- Gegen **Abtreibung** und **Suizidbeihilfe**. Zustimmungsregelung bei **Organentnahmen**

MENSCHENHANDEL

- **Prostitutionsverbot**: neuer Straftatbestands «Kauf von Sex gegen Bezahlung».

9.2 GEMEINWOHL

FAMILIE

- **Familien finanziell spürbar entlasten**: angemessene Kinderzulagen und grosszügige, nicht zweckgebundene pauschale Kinder-Einkommens-Steuerabzüge
- Es gibt **zwei Geschlechter: Mann und Frau.**
- Rechtsinstitut **Ehe** ist für die verbindliche, auf Lebenszeit ausgerichtete Lebensgemeinschaft von **Mann und Frau**. Eine rechtliche Regelung von anderen Lebensgemeinschaften, wie z.B. von gleichgeschlechtlichen Paaren, Konkubinatspaaren usw., kann in Form eines **zivilrechtlichen Vertrages** geregelt werden.

- **Aufhebung der AHV-Renten-Benachteiligung von Ehepaaren (Heiratstrafe)** gegenüber Konkubinatspaaren durch Einführung einer zivilstandsunabhängigen «Paarrente» für alle AHV-Rentnerpaare mit gemeinsamem Haushalt.
- Einschränkung der Verbreitung von **Pornographie** u. der Pornoindustrie

ERZIEHUNG u. BILDUNG

- **Volksschule** soll kindgerecht sein, Wissen und Werte vermitteln. **Keine Frühsexualisierung, Gender-Ideologie, Dragqueen-Vorlesungen für Kinder** etc.

GESUNDHEIT

- **Gesundheitsprävention** über die Auswirkungen von ungesunder bzw. unverantwortlicher Lebensweise im Bereich Ernährung, Bewegung/Sport, Alkohol, Drogen, Sexualität und Psycho-Hygiene.
- Fakultative, kostengünstige **Krankenversicherungsmodule**

ALTERVORSORGE

- Erhöhung des Referenz-Rentenalters auf **65, später 67 Jahre für Männer u. Frauen.**
- Erhöhung des **Mehrwertsteuer-Satzes** zugunsten des AHV-Fonds.

9.3 SOLIDARITÄT

SOZIAL

- **Sozialhilfe: Stärkung der Eigenverantwortung** des Einzelnen und der Wirtschaft

ASYL

- wirksame **Reduktion der Attraktivität** der Schweiz als Asylland.
- Anerkennung der nicht-staatlichen Verfolgung, vor allem bei Gesuchstellern, welche **vom Islam zum christlichen Glauben konvertiert** sind und deshalb in ihrem Herkunftsland an Leib und Leben gefährdet sind.
- **Aufhebung des Arbeitsverbots für Asylsuchende** der sozialen Unterstützung auf Nothilfe; der erzielte Verdienst während des Asylverfahrens dient nach Abzug eines «Sackgeldes» der Deckung der Kosten für Unterbringung und Lebensunterhalt.
- **Internierung abgewiesener Asylbewerber bis zu ihrer Ausschaffung**

INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

- **Priorität direkter bilateraler Entwicklungshilfe** statt multilaterale Organisationen.

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

- Gute Beziehungen zum Volk und Land **Israel. Anerkennung Jerusalems als unteilbare Hauptstadt Israels** und die Verlegung der Schweizer Botschaft nach Jerusalem; Beurteilung der sogenannten «Zwei-Staaten-Lösung»; Abbruch der finanziellen Unterstützung der UNRWA durch die Schweiz.
- **Austritt aus UNO**, wenn sich diese nicht reformiert (Kein Vetorecht im Sicherheitsrat).
- Wahrung der **schweizerischen Neutralität**

9.4 BEWAHRUNG DER SCHÖPFUNG

ENERGIEVERSORGUNG

- **Stärkung der Versorgungssicherheit** und eine **bezahlbare Energieversorgung**
- **Aufhebung des AKW-Verbots**. Aufhebung des Vorrangs für die Netzeinspeisung von Strom aus Photovoltaik und Wind.
- **Investitionen in Wasserbau, Hochwasserschutz und Energie**. Förderung innovativer Formen der Energiegewinnung aus wie ZB **Tiefengeothermie**.
- **Abschaffung der CO₂-Steuern und -Abgaben**: Ersatz durch eine zweckgebundene **Lenkungsabgabe** auf der **Mineralölsteuer** für fossile Treib- und Brennstoffe

NACHHALTIGKEIT

- Reduktion des Gesamt-Ressourcenverbrauchs durch **Nutzung technologischer Möglichkeiten**
- Reduktion der Ansprüche bei Energie und Verkehr, **Überprüfung des eigenen Lebensstils** in Bezug auf Ansprüche an Lebensstandard, Energieverbrauch, Mobilität usw.

9.5 SUBSIDIARIÄT (Staat)

STAAT

- verstärkte Beachtung des **Subsidiaritätsprinzips** und des **Föderalismus** bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben. Förderung von Eigenverantwortung.
- Unterstützt die Giacometti-Initiative: für **dringlich erklärte Bundesgesetze** (wie jene zu den Covid-19-Massnahmen) müssen **innerhalb von 100 Tagen nach Annahme durch die Bundesversammlung zur Abstimmung unterbreitet werden**.
- Gegen die Verlängerung von Teilen des **Covid-19 Gesetzes** (u. a. weil Grundlage für eine mögliche Wiedereinführung der Zertifikatspflicht).

STAAT u. KIRCHE

- Beibehaltung des **Schweizerpsalms** als Nationalhymne der Schweiz,

MEDIEN

- Unterstützt die **“SRG-Initiative – 200 Franken sind genug!”**